

## 51 Prozent

## Protestbewegung im Kühlschrank



Nicole Althaus

Teenager verwandeln ja nicht nur sich selber bis zur Unkenntlichkeit, sondern auch den Haushalt, in dem sie konsumieren. Von Wohnen kann man nämlich bis zur Volljährigkeit kaum sprechen, denn das setzt ein rudimentäres Bedürfnis nach Gemütlichkeit oder Ordnung voraus, im Minimum aber die Beseitigung der unappetitlichsten Spuren menschlicher Existenz. Teenager tun das Gegenteil. Sie vertilgen alles Verwertbare und foutieren sich um den Rest. Wenn man abends nach einem sehr langen und sehr heissen Arbeitstag nach Hause kommt und sich etwas kochen will, muss man erst einkaufen und die Lebensmittel sofort verwerten. Alles, was im Kühlschrank zwischengelagert wird, ist binnen zwölf Stunden verdaut. Mit Vorliebe im Jugendzimmer. Mädchen machen es sich auch gern im Badezimmer gemütlich. Das erklärt, weshalb man vor dem Essen das nötige Zubehör wie Teller, Gläser und Besteck auf Schreibtischen, Betten oder auf dem WC-Deckel einsammeln muss.

Der Kühlschrank ist permanent leer, das Badezimmer stets besetzt - die Hausarbeit

der Mutter konzentriert sich auf die Pflichtfüllung beziehungsweise Zwangsäumung dieser beiden pubertären Hauptinteraktionsfelder. Folgerichtig gehören Ernährung und Körper zu den Kampfzonen in einem Haushalt mit zwei heranwachsenden Töchtern. Erst recht, seit sie in unserer Gesellschaft politisch und moralisch aufgeladen worden sind. Teenager waren einst Punks oder Goths oder Hip-Hopper. Sie zeigten durch Musik und Kleidung, wo sie hingehörten. Heute greifen Stile und Szenen ineinander, Lederjacke, Tattoos oder verschlissene Jeans tragen auch die Alten. Deshalb erfolgen Abgrenzung und Zugehörigkeit über das, was den Körper letztlich stärker formt als Netzstrümpfe und Sicherheitsnadeln in den Ohren: das Essen.

Ernährung ist der neue Pop, Foodblogger sind die neuen Teen-Stars. Diese basteln sich aus den Zutaten im Kühlschrank - oder besser aus dem, was sich nicht darin findet, weil sie es niemals kaufen oder essen würden - eine ganze Lebenshaltung. Zwar werden sie nicht mehr von den Mädchen in Posterform über das Bett gehängt. Aber die Anhänger folgen ihren Vorbildern auf Instagram und schenken den Fotos von kunstvoll geschichteten Matcha-Chia-Goji-Puddings ihr Herz. Statt dass die Alten also nach einem langen heissen Arbeitstag mit dröhnenden Bässen belästigt werden, finden sie im Kühlschrank plötzlich lauter Sachen, die von der Optik und Konsistenz her eher ins Badezimmer passen: giftgrüne Algen, schlabberige Chia-Samen, Käseersatz in Putzflockenform. Klar ist: Das Low, Slow und No vor dem Food



Nebenbei erfährt man, dass das arme Kind seine vermeintliche Leibspeise Pasta mit Käse schon verabscheute, als sie rein geschmacklich noch über die Muttermilch zugeführt wurde.

sind die modernen Labels der Distinktion. Ein Teller profane Pasta mit Parmesan? Zu schwer, zu ungesund, wird man belehrt. Zudem müssten Kühe und Kälber für unseren Käsekonsum mit traumatischen Erlebnissen büssen. Die simple Frage nach dem Essenswunsch endet in letzter Zeit schnurstracks bei der Weltrettung. Nebenbei erfährt man, dass das arme Kind seine vermeintliche Leibspeise Pasta mit Käse schon verabscheute, als sie rein geschmacklich noch über die Muttermilch zugeführt worden ist.

Generell ist es natürlich prima, tröstet man sich, wenn Heranwachsende sich Gedanken darüber machen, wie das Leben besser und gesünder zu gestalten ist. Im Kleinen und im globalen Ganzen. Nur wird man als Mutter, die vor jedem Spiegel im Haus Schlange stehen muss, den Verdacht nicht los, dass die pubertäre Protestbewegung im Kühlschrank nicht nur dem Leben der armen Kühe geschuldet ist, sondern vorab der eigenen Figur. Tatsächlich sind diese jungen veganen Foodbloggerinnen ja auch alle superhübsch und superschlank. Und jede Studie beweist von Neuem, dass Vegetarismus und Veganismus weiblich, jung und urban ist. Pierre Bourdieu hat schon in den achtziger Jahren die Wahl der Ernährung als kulturelle Praxis betrachtet. Heute hat das Geschlecht am Esstisch mehr Einfluss denn je: «Ich bin Veganerin», tönt einfach besser als «Ich bin auf Diät».

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## Zensur ist längst privat geworden



Markus Felber

Meinungen und andere Inhalte frei äussern zu dürfen, ist für eine funktionierende Demokratie unabdingbar. Seit der Aufklärung muss der Staat daher die Äusserungsfreiheit strikt respektieren, sie darf nur ganz ausnahmsweise und zum Schutz anderer wichtiger Rechte eingeschränkt werden.

Dieses rechtliche Konstrukt stimmt bis Ende des 20. Jahrhunderts, als nur der Staat die Macht hatte, die Verbreitung von Inhalten wirksam zu unterbinden. Heute erfolgt Kommunikation immer mehr über weltweite Plattformen, die privatwirtschaftlichen Giganten wie Google, Facebook oder Twitter gehören. Und die vermögen durchaus die Äusserungsfreiheit wirksam zu beschneiden, indem sie Inhalte löschen oder Accounts sperren. Facebook tat das von jeher im Kampf gegen nackte Brüste. Twitter geht zunehmend gegen politisch rechte Inhalte vor.

Unter diesen Umständen fragt sich, ob das Grundrecht auf freie Äusserung noch zeitgemäss ausgestaltet ist, wenn es nur den Staat bindet und nicht auch gegenüber Google und Co. durchgesetzt wird. Eigentlich müsste der Staat gewährleisten, dass rechtmässige Inhalte und deren Urheber in den Netzwerken unbehelligt bleiben. Die derzeitige Entwicklung läuft indes in eine andere Richtung. Unter dem Titel «Recht auf Vergessenwerden» muss Google Links zu Inhalten löschen, die Betroffenen missfallen. Und mit dem in Deutschland geplanten Netzdurchsetzungsgesetz sollen die Betreiber verpflichtet werden, unzulässige Inhalte in ihren Netzwerken sofort zu löschen.

Damit urteilen Privatfirmen statt Gerichte vorweg über die Rechtmässigkeit von Inhalten. Dass sie dabei unter dem Damoklesschwert schwerer Strafdrohung im Zweifel gegen die Freiheit entscheiden, liegt auf der Hand. Die Beschimpfung einer AfD-Politikerin als «Nazi-Schlampe» etwa hätte Facebooks Zensor wohl vorsorglich gelöscht. Die Justiz hingegen hat den Ausdruck inzwischen erstinstanzlich für zulässige Satire erklärt.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Vielleicht sollte ein SVP-Politiker das Aussenministerium übernehmen»

Für Jacqueline Badran hat Didier Burkhalter die Neutralität hervorragend genutzt. Gregor Rutz ist nach dem Rücktritt erleichtert, er hofft auf einen Neuanfang

## Jacqueline Badran

Didier Burkhalter ist völlig unerwartet zurückgetreten. Als der Ratspräsident am Mittwoch die Nachricht verkündete, sass wir alle etwas schockiert und für einmal ganz ruhig im Nationalratssaal. Danach wurde plump gefordert, jetzt müsse ein Rechtsrutsch im Bundesrat erfolgen - als wäre Burkhalter ein Linker. Dabei ist er noch einer der letzten Vertreter des wahren Freisinns, die fundamentale bürgerliche Werte wie Rechtsstaat, Grundrechte und Gleichheit vor dem Gesetz verteidigen.

## Gregor Rutz

Dass Rücktritte von Regierungsvertretern überraschend erfolgen, kommt vor. Aber dass die eigenen Partei- und Regierungskollegen es erst wenige Minuten vorher erfahren, ist schon etwas speziell. Die Ankündigung hat mich nicht schockiert, sondern eher erleichtert. Über Schweizer Aussenpolitik der vergangenen Jahre kann ich nur den Kopf schütteln. Hier tragen das Parlament, aber vor allem auch Bundesrat und Verwaltung die Verantwortung. Statt die Interessen der Schweiz wahrzunehmen, unsere Probleme zu kommunizieren und hartnäckig um Lösungen zu kämpfen, scheint es heute nur noch darum zu gehen, Geld zu verteilen oder an internationalen Konferenzen auf den Fotos mitzulächeln. Die Neutralität ist zur Unkenntlichkeit verkommen. Die frühere, intelligente Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen ist oberflächlichem, pseudoharmonischem Geplänkel gewichen. Und mit der naiven Politik der offenen Türen handeln wir uns im Migrationsbereich nicht nur wirtschaftliche Probleme und Engpässe bei der Infrastruktur ein, sondern auch handfeste Sicherheitsrisiken. Ein einziges Fiasko. Mein Fazit: Jeder Neuanfang im Bundesrat ist eine Chance, die Schweiz endlich wieder einen Schritt vorwärtszubringen.

## Jacqueline Badran

Wie so oft schimpfen Sie nur über alles und jeden. Geht es nach der SVP, sind alle andern

## Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

dumm und böswillig. Was an der Neutralität soll denn zur Unkenntlichkeit verkommen sein? Gerade Didier Burkhalter wusste sie für die Friedenspolitik hervorragend zu nutzen. Und wo bleiben Ihre konstruktiven Beiträge? Wo bleiben die Leistungen Ihrer SVP-Bundesräte? Ich sehe nur eine verwirrte Militärpolitik und leere Versprechungen bezüglich der «besten Armee der Welt» sowie ein Debakel bei der Unternehmenssteuerreform. Ich würde da den Ball etwas flacher halten. Vielleicht sollte ein SVP-Bundesrat das Aussenministerium übernehmen. Mal sehen, wie weit Sie mit dem verzwickten Europadossier kommen.

## Gregor Rutz

Nein, liebe Frau Badran - aber ich nenne die Missstände beim Namen. Dafür sind wir Politiker gewählt. Der Einsatz für eine starke, unabhängige und neutrale Schweiz hat für mich oberste Priorität. Wenn die Schweizer Behörden aber jeden Vorfall auf der Welt kommentieren und Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, hat dies für mich mit Neutralität nichts mehr zu tun. Gleichzeitig werden unsere Interessen zum Beispiel auf europäischer Ebene kaum eingebracht. Im Gegenteil: Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative fragte die Verwaltung bei Funktionären der Europäischen Union an, ob sie für das Gesetz, das die Staatspolitische Kommission behandelte, noch Änderungswünsche haben! Wir zahlen Unsummen an die EU, während unsere Regierung dabei ist, ein «institutionelles Rahmenabkommen» zuzuhandeln. Selbst die CVP und die FDP scheinen den Widerspruch langsam zu erkennen: Wir haben auf bilaterale Verträge gesetzt, um uns eben gerade nicht institutionell an die EU binden zu müssen. Diese institutionelle Bindung wurde vom Volk bei Abstimmungen immer wieder abgelehnt. Dies muss man auch in Bundesbern endlich zur Kenntnis nehmen - und vor diesem Hintergrund wäre ein politischer Wechsel im Aussendepartement tatsächlich angezeigt.

## Jacqueline Badran

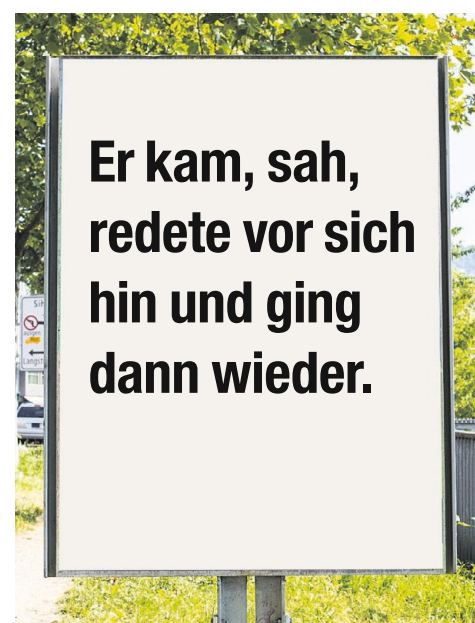
Sie benennen nicht Missstände, sondern reissen die Deutungsmacht an sich und definieren vieles nach Belieben um. Darf ich Sie daran erinnern, dass es vor allem die SP-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey war, die sich vehement gegen die dynamische Übernahme von EU-Recht stellte. Die EU kann das auch nicht ernsthaft von uns verlangen. Es gibt die EU unter anderem ja auch deshalb, um die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten zu verrechtlichen, das Recht des Stärkeren zu beseitigen und Machtpolitik einzudämmen. Aber natürlich wäre es für die EU einfacher, man müsste die Verträge nicht einzeln anpassen, und selbstverständlich wehrt sie sich gegen Rosinenpickerei unsererseits. Aber die EU wird lernen, dass wir unsere direkte Demokratie niemals schwächen werden und dass die automatische Übernahme von Recht keine Option ist.

## Gregor Rutz

Schön, dass Sie die direkte Demokratie nicht schwächen und neues Recht nicht automatisch übernehmen wollen. Nur: Genau dies schliesst ein solches Rahmenabkommen aus, bei welchem eine institutionelle Einbindung das Hauptziel ist. Das Abkommen soll «eine einheitlichere und effizientere Anwendung bestehender und zukünftiger Verträge» gewährleisten, wie es das Aussendepartement formuliert. Das heisst: weniger Spielraum und mehr Verpflichtungen. Absurd, aber auch typisch für die wirre Schweizer Aussenpolitik: Die Idee für ein solches Abkommen kam ursprünglich von der Schweiz. Unsere Vertreter nahmen Verhandlungen auf, ohne zu wissen, was man eigentlich wollte. Seit fünf Jahren wiederum insistiert die EU, denn Brüssel hat gemerkt, wie interessant so ein Szenario für die EU sein könnte. Wir müssen schauen, was für den Standort Schweiz wichtig ist und ob wir die Beziehungen zur EU überhaupt vertiefen wollen. Das erwarte ich von einem Schweizer Aussenminister - und nicht ziellose Gespräche in heiklen Belangen.

## Strittis Schlagzeile

Zum plötzlichen Rücktritt unseres Aussenministers.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.